

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 21/2003

Sitzung vom 2. April 2003

**421. Anfrage (Berufung von Prof. K. aus Frankfurt als Onkologe
des USZ)**

Kantonsrat Christoph Schürch, Winterthur, hat am 13. Januar 2003 folgende Anfrage eingereicht:

Prof. K. aus Frankfurt löst offensichtlich noch vor seinem Amtsantritt erhebliche Unruhe im Universitätsspital Zürich (USZ) aus, weil angeblich verschiedenen Ansprüchen des Neuberufenen entsprochen werden muss.

Ich frage den Regierungsrat an:

1. Ist der Regierungsrat über die vorseilenden Vorkommnisse im USZ im Bild?
2. Ist es richtig, dass das Personal erheblich verunsichert ist?
3. Wenn ja, warum? Gibt es sachliche Gründe dafür?
4. Welche Forderungen und Ansprüche in Bezug auf das Funktionieren, die Weiterentwicklung, die Lehre und die Forschung im onkologischen Bereich werden von Prof. K. gestellt?
5. Stimmt es, dass Prof. K. vor allem nach Zürich berufen wurde, weil er grosse Forschungsaufträge generieren konnte?
6. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat getroffen, um die Situation wieder zu beruhigen?

Auf Antrag der Bildungsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Christoph Schürch, Winterthur, wird wie folgt beantwortet:

Es ist nicht ungewöhnlich, dass personelle Änderungen in Führungsfunktionen eine gewisse Unruhe auslösen. Das gilt besonders bei langen Berufungsverfahren, die regelmässig zu verschiedenen Spekulationen führen. Die Dauer von über einem Jahr im Fall der Onkologie ist damit zu erklären, dass Universität, Spitalleitung und Gesundheitsdirektion beschlossen haben, den Bereich Onkologie am Universitätsspital Zürich (USZ) zu einem Schwerpunkt auszubauen. Dazu sind Bettenstationen einzurichten, die der Behandlung ebenso dienen wie der Lehre und Forschung. Vor diesem Hintergrund musste ein international anerkannter Spezialist wie Prof. Dr. Alexander Knuth für Zürich gewonnen werden. Entscheidend waren dessen berufliche Qualitäten und nicht die Erwartung bezüglich grosser Forschungsaufträge. Nachdem es

in den Verhandlungen gelungen war, eine Lösung zu finden, die sowohl den Vorstellungen des Berufenen als auch den Möglichkeiten des USZ entspricht, lud die Spitalleitung die Belegschaft der Onkologie am 15. Januar 2003 zu einer Informationsveranstaltung. Diese bezweckte die persönliche Vorstellung des angehenden Direktors Onkologie, der in der Folge das Wort an seine zukünftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter richtete. Das hat zur Klärung und Beruhigung der Situation beigetragen. Von einer eigentlichen Verunsicherung des Personals kann nicht mehr gesprochen werden.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi